

Der Zentral-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D 27, Magazinstr. 6/7 II
Zersprecher: Röntgenstr. 1006, 1076 und 1262. — Die Zeitung
erscheint jeden Freitag
Telegraphenadresse: Textilpraxis Berlin

Verzinst seid Ihr nichts — Vereint alles!

Anzeigen- und Verbandsgebühren sind an Otto Behms, Berlin D 27
Magazinstr. 6/7 II (Postfachkonto 5386), zu richten. — Bezugs-
preis nur durch die Post. Vierteljährlich 6 M.,
Anzeigenpreis 2 Mark für die sechsgespaltene Zeile.

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Inhalt: „Schutz der nationalen Arbeit.“ — Nochmals wirtschaft-
liche Einsicht. — Jahreschau deutscher Arbeit in Dres-
den! — Aus der Galerie kommunistischer „Ehrenmänner“. — Zurück
zum Besten!... (Gedicht). — Frauen-, Jugend- und Betriebs-
rateteil. — Christliche Gewerkschaftssekretäre und Achtstundentag. —
Die Münsterländischen Textilunternehmer gegen die Freizügigkeit der
Arbeitskraft. — Gemeinsame Arbeiterinnenkonferenz der Filialen
Stuttgart und Neutlingen. — Berichte aus Fachreisen. — Literatur.
— Befamtnmachungen. — Anzeigen.

Schutz der nationalen Arbeit.

Die Landwirtschaft war im monarchistischen Deutschland das
gehegte und gepflegte Sorgenkind der Regierung. Die Land-
wirtschaft wurde in jeder Beziehung, aus Tradition, gegenüber
anderen Wirtschaftsbereichen bevorzugt. Daneben waren dem
Landadel, der wohl den größten Teil des Agrarlandes in Be-
sitz hat, außerdem noch einträgliche Regierungsposten und
Heeresstellen reserviert. Da die adligen Landwirte sich wenig
um ihre Güter kümmerten und außerdem in den meisten
Fällen ebensowenig von der Landwirtschaft verstanden, wie
der Esel vom Klavierpiel, so war es ganz erklärlich, daß ihre
Landwirtschaft sich nicht rentabel erwies. Dazu kam noch,
daß die Sprößlinge des Landadels als schneidige Kavallerie-
offiziere ganz besonders standesgemäß zu leben verstanden
und dabei ganze Vermögen aufbrauchten, wodurch die Güter
oftmals mit Hypotheken überlastet wurden. Die Regierung des
alten Regimes hatte Verständnis für die Schmerzen der
Landwirtschaft. Sie versuchte das berufliche und sonstige
Manko der Landwirte durch eine besondere Liebesgaben-
politik, die ganz erklärlich die breiten Volksmassen in der
stärksten Weise belastete, auszugleichen. Die Devise: „Der
Landwirtschaft muß geholfen werden, war eine unumstöß-
liche Regierungsweisheit. Die Landwirte wurden deshalb
auch zu den getreuesten Stützen der Regierung gezählt. So-
lange man ihre Wünsche bereitwillig erfüllte, war dieses
auch der Fall. Sie muhten aber verdammt auf, wenn die
Regierung dem Junker nicht sofort zu Willen war. Da wurde
man deutlich und hörte mitunter schon die Throne frachen.
Auch das geflügelte Wort: Ohne Kaniz keine Röhne! dürfte
noch in guter Erinnerung sein. Kurz, der verhätschelte Junge
konnte verflucht zornig werden. Regierung und Reichstag
gaben schließlich nach und versuchten dem verärgerten Jungen
durch Erfüllung seiner Wünsche wieder gute Laune beizubringen.
Bis zum Ausbruch des Krieges war das deutsche
Volk der Landwirtschaft tributpflichtig. Alle landwirtschaft-
lichen Produkte wurden durch hohe Einfuhrzölle im Preis
hochgehalten. Nach Ausbruch des Krieges wurden die Ein-
fuhrzölle auf Getreide usw. aufgehoben. Während und in
der Nachkriegszeit, solange die Nahrungsmittel knapp waren,
da kletterten die Preise für Getreide und andere landwirt-
schaftliche Erzeugnisse auf eine schwindelhafte Höhe empor
und das trotzdem, daß Höchstpreise festgesetzt waren. Die
Landwirtschaft hat gute Jahre gehabt. Sie schwamm im
Gelde. Sie wußte nicht wo aus und ein damit. Sie waren
die Herren der Situation. Sie allein haben in der Zeit, als
die breiten Volksmassen die schlimmsten Hungerjahre durch-
lebten, von all dem nichts gefühlt. Sie waren voll. Hypo-
theken wurden in entwerteten Papiermark abgelöst. Kurz, die
Landwirtschaft hat mehr denn sieben fette Jahre gehabt. Seit
einiger Zeit hat sich das Blatt etwas gewendet. Die deutschen
Getreidepreise stehen unter dem Weltmarktpreis. Die Land-
wirte verlangen deshalb unter dem Ruf: „Schutz der nation-
alen Arbeit!“ Schutzzölle. Die Regierung der Republik hat
den Ruf der Landwirtschaft sofort aufgefangen und ist in
einer geradezu bedientenhaften Art und Weise bestrebt, der
Landwirtschaft durch Wiedereinführung der Zölle von 1902
zu helfen. Das Ausfuhrverbot von Getreide ist bereits be-
dingterweise aufgehoben und die Zollvorlage der Regierung
beschäftigt zurzeit die vorberatenden Rörperschaften. Die Auf-
hebung des Ausfuhrverbotes hat bereits in einer starken Pro-
duktenpreissteigerung sich ausgewirkt.
Es kosteten in Goldmark an der Berliner Börse (in
Tonnen und Mehl in Doppelpentnern):

	Durchschnitt 1913	8. Juli 1924	11. Juli 1924	14. Juli 1924
Weizen, märk. . .	198,85	138—143	144—149	156—162
Roggen, märk. . .	164,30	125—133	131—140	139—146
Emmergerste . .	183,00	138—147	143—155	152—164
Futtergerste . .	—	127—135	131—140	144—150
Hafer, märk. . .	162,17	123—133	128—139	135—146
Weizenmehl . . .	20,90	21—23%	22%—24%	23—26
Roggenmehl . . .	20,85	18%—21%	19%—22%	21—23%

Das deutsche Volk wird demnach für die Zukunft für das
wichtigste Nahrungsmittel bedeutend höhere Aufwendungen
machen müssen als bisher.

Die Landwirte sind keine Freunde der Republik. Im Gegen-
teil, sie träumen von der Wiedererrichtung der Monarchie.
Die Landwirte taten alles, um der Regierung der Republik
Schwierigkeiten zu bereiten. Die Demokratie ist ihnen ver-
haßt. Ein autokratisches Regiment, in welchem der Landadel
befiehlt, das wäre so das Ideal ihrer Wünsche. Die illegalen
Verbände der Ehrhardt, Rößbach, Lüchow und andere sind in
den Kreisen der Landwirte seinerzeit untergebracht worden.
Die Landwirte haben zweifellos viel Geld für diese Frei-
schärler aufgebracht, weil sie die Hoffnung hatten, daß mit
deren Hilfe die Republik zu Fall gebracht werden könnte.
Wenn die Regierung der Republik trotzdem den Schrei der
Landwirte so schnell hörte und in aller Eile bestrebt ist, deren
Wünsche zu erfüllen, so gewährt dies immerhin einen gewissen
Einblick darüber, in wessen Händen eigentlich das Schicksal der
Republik ruht.

Der „Vorwärts“ wies schon darauf hin, daß die Regierung
mit dieser Schutzpolitik das „Ja“ der Deutschnationalen
zum Sachverständigenrat erkaufen will, und ferner den

Beg freilegen will für einen Bürgerblock und den Eintritt
der Deutschnationalen in die Regierung. Arme Republik! Das
Spiel der Reichsregierung ist nichts anderes als die Ausliefe-
rung der Republik in die Hände seiner ärgsten Feinde. Die
Regierung glaubt, dies dem Volk unter der Devise: Schutz
der nationalen Arbeit! plausibel zu machen. Diesem soge-
nannten Schutz der nationalen Arbeit sollen die Interessen
der breitesten Volksschichten geopfert werden. Es ist eine
bekannte Tatsache, daß jede Brotverwertung eine katastro-
phale Wirkung auf die breitesten Schichten der Bevölkerung
zur Folge haben muß.

Das deutsche Volk hat die Ernährungskrisis der Kriegs- und
Nachkriegszeit noch nicht überstanden. Weite Bevölkerungsschichten
leiden noch stark unter den Folgen. Sie konnten sich
nicht erholen, weil große Teile der Arbeiterschaft längere oder
kürzere Perioden hindurch mit Arbeitslosigkeit zu kämpfen
hatten. Das deutsche Kinderelend, das sich von Tag zu Tag
vergrößert, ist ebenfalls eine Folge, die sich aus den Er-
nährungsschwierigkeiten ergibt. Benachbarte Völker kennen
das Kinderelend Deutschlands und nehmen infolgedessen Tau-
sende von deutschen Kindern auf, um ihnen Erholung und
neue Lebensenergie zuzuführen, um sie vor dem körperlichen
und geistigen Verfall zu schützen. Daß man trotz dieser Tat-
sache das wichtigste Nahrungsmittel künstlich verteuern will,
ist ein recht gefährliches Beginnen der deutschen Regierung.
Wenn die Regierungsvorlage Gesetz werden sollte, dann be-
deutet dies die teilweise Vernichtung der deutschen Zukunft.
Es ist aber auch in weiterem darauf zu verweisen, daß die
deutsche Industrie nicht konkurrenzfähig auf dem Weltmarkte
ist. Dieses trifft vor allen Dingen auf die Textilindustrie zu,
und dabei ist die Entlohnung der deutschen Arbeiterschaft,
namentlich der Textilarbeiter, die denkbar schlechteste. Vor
kurzem hat die deutsche Konfektion in einem Artikel darauf
hingewiesen, daß die Textilarbeiterlöhne weit unter denen der
Vorkriegslöhne zurückbleiben. Die Verteuerung des notwen-
digsten Nahrungsmittels muß zweifellos schwere Lohnkämpfe
zur Folge haben, denn bei einer Beibehaltung der bisherigen
Löhne ist es ganz unmöglich, daß die Auswirkungen der Zoll-
politik von der Arbeiterschaft getragen werden können. Die
Politik der Reichsregierung wird die Industrie in der schlimm-
sten Weise schädigen. Es sei denn, daß es gelänge, diese Mehr-
belastung der deutschen Verbraucher lediglich auf die Schultern
der arbeitenden Klassen abzuwälzen. Unter diesem Gesicht-
winkel bekommt der Ruf der Regierung: Schutz der nationalen
Arbeit! einen ganz besonderen Beigeschmack. Der Arbeiter-
schaft hat man mit Regierungshilfe den Achtstundentag ver-
schandelt; es fehlte nun gerade noch, daß man ihr den Brot-
korb höher hängt. Diese beiden Tatsachen zeigen so recht die
Arbeiterfeindschaft der gegenwärtigen Regierung.

Bei Beurteilung dieser Regierungsmaßnahme kann man
zu keiner anderen Auffassung kommen, als daß die Regierung
bestimmte Kreise der deutschen Volkswirtschaft auf Kosten der
breiten Massen herausgehoben wissen will, wie dies früher
im alten Staatswesen der Fall gewesen ist. Gegen eine der-
artige Politik muß sich die Arbeiterschaft mit aller Entschieden-
heit wehren. Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände sind bei
dem Reichsernährungsminister Graf Kaniz vorstellig ge-
worden und haben, mit Ausnahme des christlichen Vertreters
Baltrusch, der eine recht sonderbare Stellung eingenommen
hat, entschiedenen Protest gegen die Schutzollvorlage für Pro-
dukte der Landwirtschaft eingelegt. Genosse Grafmann vom
ADGB betonte „seine grundsätzliche Abneigung gegen jede
schutzollpolitische Maßnahme auf die Produkte der Volks-
ernährung. Er verwies dabei auf die große materielle Not-
lage der breiten Arbeitnehmerschichten, für die eine Verteuerung
des Brotes eine schwere und nicht erträgliche Belastung in
ihrer Lebenshaltung darstelle. Besonders wies er auf die
schwere materielle Lage der Kurzarbeiter und Arbeitslosen
hin. Bei den voll Arbeitenden sei heute schon selbst nach der
Erklärung des Reichsarbeitsministers die Belastung ihres
Bruttoeinkommens mit steuerlichen und sozialen Leistungen
auf mindestens 80 Proz. zu berechnen.“

Die Textilarbeiter-schaft allerorts wird
jedenfalls jede Gelegenheit wahrnehmen,
um gegen diese Schutzollvorlage Protest zu
erheben. Unter dem Schlagwort „Schutz der nationalen
Arbeit“ soll die deutsche Arbeiterschaft und deren Angehörige
der schlimmsten Hungertur ausgesetzt werden. Für die
Textilarbeiter-schaft muß deshalb die Pa-
role lauten: Hinab in den Drusus mit dieser
Schutzollvorlage!

Nochmals wirtschaftliche Einsicht*).

Ein Programm kann zweierlei Zwecke verfolgen: es kann ein
Ziel, ein inbrünstig ersehntes Ideal verkünden, dem mit allen
Kräften des Willens und Geistes zugestrebte wird; es kann aber auch
ein bloßes Zugeständnis an den augenblicklichen Zeitgeist, an die
gegebene Situation sein. Im einen Falle ist es ein Bekenntnis, im
anderen eine Verschleierung, zu der man greift, weil es in Anbe-
tracht der Zeitlage irgendwelche materielle oder ideelle Nachteile
bringen würde, seine wirklichen anders gerichteten Absichten offen
erkennen zu lassen. Bei der Würdigung eines Programms kommt
es nicht auf den einfachen Inhalt seiner Sätze, sondern auf die
Tendenzen an, die hinter diesen Sätzen stehen. Formulieren diese
Sätze die tatsächlich vorhandene Willensrichtung? Oder sollen sie
nur Sand in die Augen streuen? Soll eine Färbung
aufgeblasen werden oder ist es notwendig zu fragen: „qui trompe-
t-on ici“ — wen betrügt man hier?
Wir leugnen nicht, daß zahlreiche Formulierungen des sozial-
politischen Programms der Arbeitgeber ganz annehmbar klingen;
glänzend und bestechend geradezu ist das „Bekanntnis“ zum „Ge-
danken der Volksgemeinschaft der Verantwortlichkeit jedes einzelnen
gegenüber der Gesamtheit und damit der Verbundenheit der ein-
zelnen Volksglieder unter einander.“

*) Siehe Nr. 23 des „Textilarbeiters“.

Unteruchen wir nun aber die wahren Tendenzen, die sich hinter
diesem sozialpolitischen Programm regen; dabei müssen wir vom
Statischen, d. h. vom Ruhenden, Unbewegten und Unveränderlichen
des Wortlauts vordringen zum Dynamischen, d. h. zum Wirkenden,
auf Veränderungen hinstrebenden Willen, der sich dieses Wortlauts
bedient.

Da ist es zweckmäßig, insbesondere drei Punkte herauszugreifen
und eingehender zu erörtern. Die Frage der „staatlichen
Zwangswirtschaft auf dem Gebiet der Tarif- und Lohn-
politik“, die Frage der Lohnpolitik an sich und schließlich die
Frage der Arbeitszeit.

Die Arbeitgeberverbände wollen die Befreiung staatlichen Ein-
griffes, sie wollen den Tarifzwang zu Fall bringen; sie wün-
schen, wie sie sagen, den Weg freier Vereinbarung. Die Arbeit-
geber befinden sich, indem sie diese Forderung stellen, in einer
günstigen Lage: auch die Gewerkschaften haben gegen den Tarif-
zwang schwere Bedenken. Die Gewerkschaften fürchten — und der
berzeitige Reichsarbeitsminister wie die gesamte Reichsregierung
überhaupt bestreiten diese Befürchtung — die Behörden könnten
sich mit der Zeit immer ausschließlicher als beauftragte Organe des
Unternehmertums fühlen; beim Fortbestand der „staatlichen
Zwangswirtschaft“ hätte die Arbeiterschaft nicht nur die reine soziale
Macht des Unternehmertums, sondern auch noch staatliche Macht-
mittel gegen sich, wenn sie den Kampf um ihre Rechte zu führen
hat. Die Abneigung der Gewerkschaften und der Arbeitgeber gegen
den Zwangsgedanken entspringt verschiedenen Motiven: die Gewerks-
chaften glauben zu erkennen, daß sich die Behörden je länger, desto
offenkundiger den sozialpolitischen Abbaumwünschen der Unter-
nehmer zur Verfügung stellen; die Arbeitgeber dagegen finden, daß
die Behörden nicht rasch genug den Abbau vollziehen. Die Arbeit-
geber wollen gewissermaßen auf freiem Felde den Gewerkschaften
begegnen. Nun glauben sie freilich, daß in Anbetracht zukünftiger
Entwicklung die Arbeitgeber vorteilhaftere Ausichten bei dieser
Begegnung auf freiem Felde haben als die Gewerkschaften. Wir
rechnen mit schweren Krisenzeiten, mit Jahren der Arbeitslosigkeit
und der Arbeitslosigkeit. Das Arbeitgebertum wird da ganz unver-
gleichlich stärker sein als die Gewerkschaften. Wird da dem freien
sozialpolitischen Machtkampf die Bahn geöffnet, so wird die Ar-
beiterschaft ungekühlt aus einer Niederlage in die andere taumeln.
Nicht bloß einige sozialpolitische Einrichtungen, sondern der sozial-
politische Grundgedanke — Schutz der Schwachen — selbst werden
zum Kampfojekt werden. Und wie die Machtlage sein wird, wer-
den die Arbeitgeber sich familiärer Soziallasten zu entledigen suchen.

Die Gewerkschaften lehnen den Zwang ab, weil sie darin eine
Schädigung der Sozialpolitik erwarten, indes die Arbeitgeber im
Zwang eine Stütze der Sozialpolitik erblicken. Wir können nicht
die Meinung verhehlen, daß die Gewerkschaften die zukünftige Ent-
wicklung wohl etwas zu optimistisch beurteilen; sie glauben an den
Fortbestand von wirtschaftlichen Voraussetzungen ihrer Macht-
stellung. Das Arbeitgebertum glaubt nicht daran. Es will den
freien Machtkampf, weil es überzeugt ist, über kurz oder lang im
Besitze eines unwiderstehlichen Uebergewichts zu sein. Beim besten
Willen können wir nicht Abstand davon nehmen, unsere Ansicht
auszusprechen, die dahin geht: daß das Arbeitgebertum den
Zwangsgedanken prinzipiell bekämpft, weil es die letzten Schranken
befestigen will, die es bisher noch daran gehindert haben, seine
soziale Macht schrankenlos auszunutzen. Das Verhalten der Ruhr-
industriellen, die zu Degoutte flüchteten, um mit dessen Hilfe der
Sozialpolitik im besetzten Gebiet den Garaus zu machen, war kein
„Ausnahmefall“; es war das typische Unternehmerverhalten, an
das man solange nicht erinnern möchte, als man noch nicht stark
genug ist, es ungehindert an den Tag legen zu können. Solange
man noch Kräfte zum geplanten Vorstoß gegen die Sozialpolitik
sammelt, spricht man von „Volksgemeinschaft“; damit schläfert man
Widerstände ein und macht das Opfer, auf dessen Erledigung man
sinn, sorglos.

Wie deutlich vereint sich das vorhandene Machtgefühl des
Arbeitgeber-tums schon in solchen Betunungen: „Die Arbeitgeber-
verbände sind bereit, für das geltende wie für das kommende
Schlichtungsrecht sich mit den Gewerkschaften auf dem Boden
dieser Grundsätze zu verständigen.“ Auf dem Boden dieser
Grundsätze, die die Grundsätze des Arbeitgeber-tums sind! Nicht
über die Grundsätze wird mehr verhandelt; auf deren Boden haben
die Gewerkschaften einfach zu treten.

In Hinsicht auf die allgemeine Lohnpolitik lehnen die
Arbeitgeber eine reine Konjunkturlohnpolitik ab; sie „verlangen“,
daß sich Staat und Gewerkschaften ihren Gesichtspunkten anschließen
und auf das Ausspielen und Hinauftreiben der Löhne verzichten.
Ziel der Lohnpolitik soll sein, die Wirtschaft im Welthandel kon-
kurrenzfähig zu erhalten und den Inlandsabfall zu beheben. Sind
sich die Arbeitgeber bewusst, wie widerprüchsvoll dieses Ziel in sich
ist? Das erstere erheischt niedere, das andere, zur Erhöhung der
inneren Kaufkraft, hohe Löhne. Doch kommt es darauf wahrhaftig
gar nicht an. Das „Verlangen“ der Arbeitgeber läuft seiner inneren
Tendenz nach darauf hinaus, daß die Gewerkschaften überhaupt auf
eine aktive, eigene Lohnpolitik verzichten sollen; jede Lohnforde-
rung, die dem Arbeitgeber lästig und profitbeschränkend ist, wird
als „währungs- und wirtschaftszerstörend“ abgelehnt. Auch hier
proklamieren die Arbeitgeber die Grundsätze, die von den Gewerks-
chaften einfach zu übernehmen sind. Das ist kein Ausdruck innerer
Verständigungsbereitschaft, sondern herrlich um sich greifenden
Machtwillens.

Schließlich die Frage der Arbeitszeit.

Wir erleben es, wie der Achtstundentag geradezu für alle wirt-
schaftlichen Notstände verantwortlich gemacht wurde: für Stinnesche
Inflationsverbrechen, für die Auswirkungen veralteter Betriebs-
einrichtungen und überlebter Betriebsmethoden. Der Achtstundentag,
der dem Arbeiter erst Muße schenkt, Mensch zu sein, wurde als
Wurzel alles Übels gebrandmarkt. Man sagte, sie mühten länger
arbeiten, um einen gewissen Vorsprung vor dem Ausland zu haben,
obwohl doch nicht zweifelhaft ist, daß das Ausland schließlich An-
stalten treffen würde, diesen Vorsprung einzuholen. Es mag Gegner
des Achtstundentages geben, die es aus ehrlicher wissenschaftlicher
Ueberzeugung sind; die Mehrzahl des deutschen Unternehmertums
gehört jedenfalls nicht zu dieser Art von Gegnern. Für sie handelt
es sich in der ganzen Angelegenheit um einen Machtkampf; eine
achzende, frörende Arbeiterschaft ist ohne Selbstgefühl und zu allem
zu mißbrauchen; daher das Bestreben der Arbeitgeber-schaft, die
Arbeitslast des Proletariats ins Ungemessene zu häufen. Wohl sind
die Arbeitgeber nicht für den schematischen Zehnstundentag, sie haben
auch gegen den 12-, 14- und 16stündigen Arbeitstag nichts einzu-
wenden. Der böse Wille, die Macht suchende des deutschen Unternehm-
ertums trat auf der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf in
Ercheinung; es will keine wirkliche internationale Verständigung
über die Arbeitszeit; es will nur, daß der Arbeiter von früh
bis abends unter der Bürde seiner Arbeitslast nicht zur Befinnung
kommen soll.

Wenn wir das sozialpolitische Programm der Unternehmer als eine jener üblichen Befindungen einer herrschenden Schicht deuten, die durch Lippenbekenntnisse zu allen möglichen schönen Dingen über sehr gefährliche Hinterabsichten hinwegtäuschen wollen, so fühlen wir uns in dieser Auffassung bestätigt durch den Artikel Ernst Borsigs „Wirtschaftliche Einsicht“ in der „DZ“. Wer Uti-maten in sozialpolitischen Dingen stellt, der hat kein positives Verhältnis zur Sozialpolitik. Sozialpolitik ist keine Wohltat an der Arbeiterschaft, sondern einfach ein Menschenrecht der Arbeiterschaft. Es gibt keine Rechtfertigung dafür, der Arbeiterschaft, der gequälten Masse, die durch keine Lebens-

genüßmöglichkeiten gleich dem Arbeitgeber für die Schwere des Da-seins entschädigt wird, je nach Würdigkeit mehr oder weniger großes soziales Entgegenkommen zugehen zu lassen. Entweder man ist Sozialpolitiker oder man ist es nicht; wenn Sozialpolitik eine Sache bloßer Konjunktur ist, der ist es sicher nicht. Das Programm der Arbeitgeber wäre eine erfreuliche und ver-heißungsvolle Angelegenheit, wenn sozialpolitischer Wille dahinter stünde. Aber wir hegen die Beforgnis, daß gerade durch dieses Programm das Nichtvorhandensein, der Mangel eines sozialpolitischen Willens, Denkens und Fühlens verhäßt werden soll.

Müller beglückt, der als kommunisistischer Gewerkschaftssekretär nun den Bremern zeigen soll, was „Gewerkschaftsopposition“ ist. Da Müller so rasch wieder Osnabrück verlassen habe, war unser dortiges Parteiblatt nicht mehr in der Lage, über folgende an ihn gerichteten Fragen Antwort und Auskunft zu erhalten, die wir nachdrucken, um Herrn Müller in Bremen Gelegenheit zu geben, sich zu äußern:

Jahresschau deutscher Arbeit in Dresden!

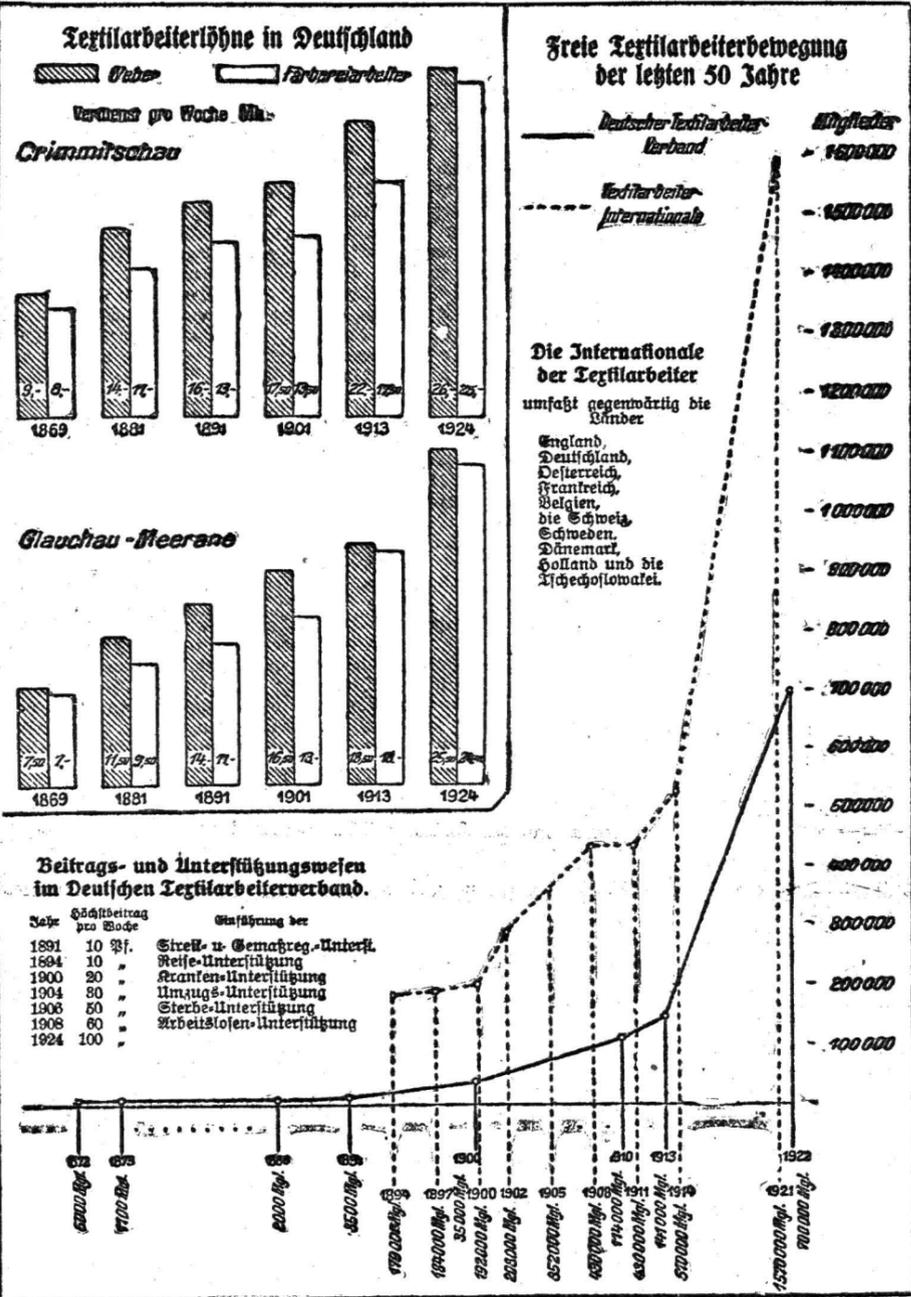
Textilausstellung 1924.

Um es vorweg zu sagen, die Ausstellung hat uns befriedigt, trotzdem sie keinen lückenlosen Ueberblick über die Textilindustrie und deren einzelne Zweige gestattete. Die Ausstellung legte zweifellos ein günstiges Zeugnis für ein fleißiges Streben nach künstlerischer und technischer Weiterentwicklung der Textilindustrie ab. Durch graphische Darstellungen wird die volkswirtschaftliche Bedeutung der Textilindustrie innerhalb der deutschen und im besonderen

neuen Schaffens und künstlerischen Gestaltens anregend wirkt und gute Früchte trägt. Sie wird aber auch in wirtschaftlicher Beziehung von Nutzen sein.

Die Werkstätten der Bildwirkerlei auf der Jahresschau.

Wie stets bei ihren Ausstellungen, legt die Jahresschau deutscher Arbeit Dresden erhöhten Wert auf die Produktionsvorführungen. Zu diesem Zwecke wurde bei der ersten Ausstellung die Werkstätte im Garten-gelände errichtet, in der 1922 die Herstellung von Meißner Porzellan gezeigt wurde, und in der 1923 erzgebirgische Spielwaren ihren Ent-stehungsengang aufzeichneten. Bei der jetzigen Textilausstellung sind hier die Werkstätten für Bildwir-kerlei, Schloß Pillnitz, untergebracht. Ganz abgesehen von dem hohen künstlerischen Wert, verdient diese Ab-teilung besondere Beachtung dadurch, daß sie außer kleineren Privatbetrie-ben die einzige Gobelinswerkstätte Deutschlands ist, die nicht nach alten Vorbildern arbeitet, wie z. B. die Münchner Gobelinsmanufaktur. In weitestgehender Erkenntnis der künstleri-schen Bedeutung der beiden Leiter dieser Werkstätten, Prof. Max Wis-lizenus und Wanda Bibrowicz, hat der sächsische Staat durch Vermittlung des Wirtschaftsministeriums den bei-den Künstlern im Jahre 1919 einige Räume im Schloß zu Pillnitz bis 1921 unentgeltlich zur Verfügung ge-stellt in dem Augenblick, als die Werkstätte nach der Schweiz zu über-siedeln beabsichtigte. Die ersten An-fänge derselben führen nach Breslau zurück, wo Professor Max Wislizenus und seine Schülerin Wanda Bibrowicz 1904 an der dortigen Akademie eine erste Versuchsschule einrichteten. Wanda Bibrowicz siedelte im Jahre 1911 nach Schreiberhau über, von wo ihre Arbeiten durch die begeisterte Zustimmung eines Carl Hauptmann, des Bruders von Gerhart Haupt-mann, einem breiteren Publikum er-folgreich bekannt wurden. Heute noch finden sich die Werkstätten als Mieter im Schloß zu Pillnitz in schwerem wirtschaftlichen Ringen, wie alle der-artigen auf rein künstlerischer Basis aufgebauten Betriebe. Die jetzige Ausstellung auf der Jahresschau, die erste größere seit der im Kunstverein 1919, gibt ein umfassendes Bild von dem ersten Streben der beiden Leiter und der Vielseitigkeit ihrer Kunst. Man kann beobachten, wie an Ort und Stelle die Bildwirkerlei mit der Hand an großen Webstühlen hergestellt wird. Der Arbeit des Webers geht die des Malers bei der Herstellung des Entwerfers voraus. Im übrigen hängt die Feinheit und Robustheit der Gobelins von der Feinheit und Dich-tigkeit des Kettenfadens, d. h. des Ge-rippes, auf dem sich der Teppich auf-baut, ab. Diese Feinheit gestattet dann größten Reichtum der Formen- und Farbengebung. Beispiele hierfür sind

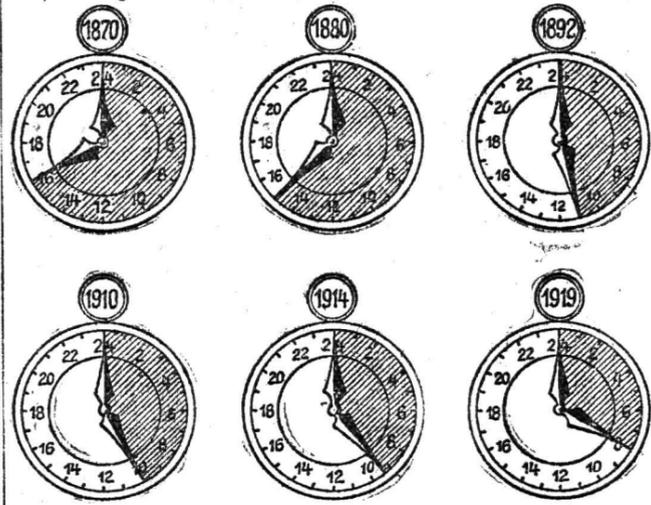


der sächsischen und der gesamten Weltwirtschaft den Besuchern verständlich zu machen versucht. Daneben wird auch die Zahl der Textilarbeiter der gesamten Arbeiterschaft gegenüber dargestellt, u. a. auch die Entwicklung des Deutschen Textilarbeiterverbandes, die Entwicklung der Löhne und der Fortschritt in der Frage der Arbeitszeitverkürzung in der Textilindustrie graphisch dargestellt. Diese graphischen Darstellungen sind auf Grund von Angaben des Deutschen Textilarbeiterverbandes angefertigt worden. Aus der oben und nebenstehenden Darstellung geben wir dieselben zum Teil wieder.

In anregendem Anschauungsunterricht werden die verschiedenen Spinnfasern, so u. a. Baumwolle, Wolle, Flachs in lückenloser Materialsammlung von ihrem Urzustand an und in den verschiedensten Stadien des Arbeitsprozesses bis zum Fertigfabrikat gezeigt. Die Ausstellung von Textilmaschinen nimmt einen recht breiten Raum ein. Die Baumwollspinnerei, Vorbereitung zur Weberei, die Weberei selbst ist lückenlos vertreten. Die Abfallspinnerei und -weberei (Deden- und Scheuertuchindustrie), Maschinen für Wirkerlei, sind in großer Anzahl ausgestellt und in Tätigkeit. Besonders interessant ist die Darstellung der Gewinnung der Seide. Es wird die Tätig-keit der Seidenraupe und sodann die Behandlung der Seidenkokons bis zum Fertigprodukt gezeigt. Durch die Ausstellung von Er-zeugnissen des Altertums bis zur Gegenwart und alten Handwerks-zeugen bis zum modernen Webstuhl wird die geschichtliche Ent-wicklung der Textilindustrie auch dem Laien verständlich zu machen versucht. Da sind u. a. zu sehen Textilzeugnisse aus der Zeit der Pharaonen, Teppiche und Gobelins aus dem 16. und 17. Jahr-hundert, Handwerkszeuge und Handstühle fremder noch in primi-tiven Verhältnissen lebender Völker. Besondere Neuerungen auf dem Gebiet der Textilmaschinen, vor allem der Webstühle, fallen uns besonders in die Augen.

Im großen und ganzen bietet die Ausstellung ein Zusammen-spiel von Organisation, Industrie, Schulwesen und Künstlerschaft, das Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft lehrreich genug dar-stellt. Es ist zu hoffen, daß die Ausstellung für die Belebung

die Bildwirkerlei „Madonna“, „Grazien“ und die großen ornamentalen Stücke, die der Beschauer im Kuppelsaal bewundern darf. Die größere Technik verlangt dagegen ganz vereinfachte For-



men und eine entsprechend beschränkte Farbenkala, wie z. B. „Blaue Nixen“, „Krusperhege“ usw. Außer Webereien sind aber noch in den Räumen der Werkstätten untergebracht einige Vitrinen mit kost-baren Perlenstickereien von Elise Wislizenus und originelle Tiere und Puppen von Hela Bibrowicz.

Die erste Frage: „Ist es wahr, daß Richard Müller in Branden-burg an der Havel in seinem Betriebe Sammelkisten für schaf-tierte Kommunisten und die kommunistische Charitas hat zirkulieren lassen, auf die ganz namhafte Summen gezeichnet wurden? Ist es wahr, daß diese Summen niemals an irgend eine Stelle abgeliefert worden sind, sondern in Richard Müllers Tasche ver-blieben?“

Zweite Frage: „Ist es wahr, daß Müller, als die Sache ruchbar wurde, noch Halle ausrückte? Ist es wahr, daß Müller in Halle an einem großen Betrug beteiligt war, der dahin ging, daß er der kommunistischen Partei einen sehr erheblichen Teil des Ver-mögens der Lokalkasse der Metallarbeiter in die Hände spielte? Ist es richtig, daß er zu diesem Zweck Quittungen auf ein Dar-lehen an den Holzarbeiterverband fälschte, das dieser niemals erhalten hat? Ist es wahr, daß Müller in Halle die Teilnehmer an verschiedenen Versammlungen zu rohen Gewalttaten gegen die Funktionäre des Metallarbeiterverbandes aufgefordert hat?“

Dritte Frage: „Ist es wahr, daß Richard Müller dann von Halle nach Remscheid verschwinden mußte? Ist es wahr, daß er dort in den Gewerkschaften die SPD. vertreten sollte, aber selbst dazu zu unfähig war, wie er unfähig war, den ihm von den Kommunisten übertragenen Posten eines Arbeitersekretärs aus-zufüllen? Ist es wahr, daß Müller in einer Kassenführung eine ungläubliche Lotteriewirtschaft hatte? Ist es wahr, daß er dem Schreibmaschinenfräulein, das die Kasse führte, Quittungen über persönliche Ausgaben ausstellte? Ist es wahr, daß Beträge, die an ihn abgegeben worden waren, überhaupt nicht in die Kasse kamen? Ist es wahr, daß Müller dann noch einer überragenden Kassenrevision Knall und Fall verschwinden mußte, daß er ver-suchte, Abbitte zu leisten und sich bereit erklärte, ein Defizit von 3500 Mk. zu decken? Ist es ferner wahr, daß er ohne Wissen des Vorstandes bei der Reisefeier 1922 Hunderte von Karten nach-drucken ließ und die dafür eingehenden Beträge unterschlug?“

Vierte Frage: „Ist es wahr, daß Müller, als er in Remscheid geschiedert war, von der SPD. zur WSPD. überschwenkte und nach Osnabrück ging, um wieder einen Posten zu bekommen? Ist es wahr, daß er als Angestellter der Gemeinde- und Staatsarbeiter sich wiederum Unregelmäßigkeiten zuschulden kommen ließ und deshalb scheinunglos verschwinden mußte? Ist es wahr, daß er nach diesem Hinauswurf wieder SPD.-Mann wurde, eine kom-munistische Zeitung redigierte und nun Sekretär für die „oppo-sitionellen“ kommunistischen Gewerkschaften ist?“

Es ist gerade kein schmeichelhaftes Bild, das man sich nach diesen vier eiglichen Fragen von Herrn Richard Müller zu machen in der Lage ist. Wir enthalten uns zunächst jeder weiteren Bemerkung, da wir abwarten möchten, welche Aufklärungen Herr Müller den Bremer Arbeitern, denen er jetzt bringen soll, über seine Ver-gangenheit gibt.

Der Artikel der „Bremer Volkszeitung“ gab dem Kommunisten Richard Müller Veranlassung, die Redaktion der „Bremer Volks-zeitung“ mit seinem Genossen Kranz persönlich aufzusuchen. Die „Bremer Volkszeitung“ schildert den Besuch in folgender Weise:

„Dienstag morgen erschien Müller mit seinem Leidensgenossen, dem Kommunisten Kranz, in unserer Redaktion, wo sich beide in ziemlich erregtem Tone über die Veröffentlichung dieser Fragen beschwerten und um Aufnahme einer Erwiderung nachsuchten, die Müller verfassen sollte. Schon bei dieser Gelegenheit sprach Müller wilde Drohungen gegen den Genossen Hadmac, wenn er es ablehne, seine Antworten auf die Fragen auszunehmen. Von einer Ablehnung war aber gar keine Rede gewesen, und so endete die Auseinandersetzung schließlich damit, daß Müller seine Erwiderung verfassen und einsenden wollte.“

Heute morgen ging ein langes Antwortschreiben Müllers bei uns ein. Es sollte sofort veröffentlicht werden, wenn die ver-schiedenen Fragen von den Zeugen, die im Schreiben benannt waren, beantwortet waren. Das wurde Müller auf seinen Anruf telephonisch mitgeteilt, als er sich nach dem Eingang seines Schreibens erkundigte. Bald darauf erschien er dann wieder mit Kranz in der Redaktion und legte seine Akten vor, die er wegen der für einen Teil der in den Fragen benannten Sachen gesam-melt hatte. Genosse Hadmac führte mit ihm die Verhandlungen und versuchte ihn mehrfach von der Notwendigkeit zu überzeugen, daß eine Prüfung vor der Veröffentlichung des Antwortschreibens erforderlich sei. Bis soweit hatte Genosse Schwarz den Verhand-lungen beigewohnt. Als dieser dann auf eine Minute das Zimmer verlassen mußte, um in der nahen Secherei eine dringliche Sache zu erledigen, benutzte Müller diese Gelegenheit, dem Genossen Hadmac mit der Faust gegen die Schläfe zu schlagen, dann ergriff Müller einen Rohrpfel und drang damit auf den Genossen Had-mac ein. Dieser wehrte den Schlag glücklicherweise ab, nur seine Hand wurde dabei verletzt. Müller sah sich nach neuen Waffen um, ergriff einen Papierkorb und warf ihn dem Genossen Had-mac ins Gesicht. Vorher hatte Müller sein Antwortschreiben gewalttätig an sich gerissen. Nach dem feigen Ueberfalle verließen Müller und Kranz eiligst die Redaktion mit den Worten: „Nun könnt Ihr uns vertrogen!“

So der Tatbestand. Das sind die sachlichen Gründe, die Müller zu seiner Bereidigung vorzubringen hat. Es kommt ihm nicht darauf an, Licht in seine Vergangenheit zu bringen, die aufzuklären im Interesse der Arbeiterschaft Bremens nach den vielen trüben Er-fahrungen in den letzten Jahren dringend notwendig wäre, sondern er glaubt einfach einen Schlußstrich darunter machen zu können, indem er sich zu rohen und feigen Flegelzügen gegenüber einem unserer Redaktionsmitglieder hinreißen läßt, das mit der Ver-öffentlichung dieser verhänglichen Fragen an Müller nur seine Pflicht getan hat. Wäre Müller seiner Sache durchaus sicher und sein Lebenswandel fleckenrein, dann hätte er es nicht nötig, zu solchen Mitteln zu greifen. Wir können nur nochmals betonen, mögen sich die Arbeiter Bremens, die zu den Kommunisten halten, die Leute genau ansehen, die ihnen von der Zentrale auf die Nase gefetzt werden.

Zurück zum Webstuhl...

Obgleich sie starke Wehn durchzuckten schon wie Flammen, hielt sie doch aufrecht, bleich und stumm am Webstuhl aus. Und als die Arbeit schloß, ließ eilig sie nach Haus Bei scharfem Nord und brach an ihrer Tür zusammen.

Sie höhnt und wimmert, und als der Morgen wieder Herausgedämmert bleich, da kam das Weib, Aufschreiend wie ein Tier, dem man zerriß den Leib, Mit einem toten Kind in bitteren Qualen nieder.

Daß ihre Augen nicht den Jammer mehr erschauen, Rahm man stückweisig ihr den kleinen Leichnam fort. Drei Tage lag sie dann noch auf den Rippen dort, Das starre Angeßicht schien wie aus Stein gehauen.

Allein am vierten Tag — des Nordwinds eisiges Wehen hatt' noch nicht aufgehört — da rafft sie sich empör, Und totenbleich, als ob sie alles Blut verlor — Sah man sie zerstört zurück zum Webstuhl gehen.

Uda Regri.

Aus der Galerie kommunistischer „Ehrenmänner“.

Der „Bremer Volkszeitung“ entnehmen wir folgende Zeilen: Einige eigliche Fragen.

„Wie man hört, will Herr Kranz jetzt im SPD.-Bezirk hohe Politik machen lassen. Als seinen Nachfolger für gewerkschaftlichen Zellenbau haben die kommunistischen Oberbunzen einen Herrn

Richard Müller bestimmt. Dieser ist aus Osnabrück frisch nach Bremen importiert. Aber hat eine „Vergangenheit“. In unserem Osnabrücker Parteiblatt, „Freie Presse“, lesen wir über Müllers Vergangenheit allerlei Interessantes. Zunächst: nachdem Müller erst der SPD. angehörte, ist er später in die WSPD. übergetreten und hat damals im Hinblick auf Halle von der SPD. erklärt: „Ich habe genug von der Schweinerei“. Wörtlich aber ist er zur „Schweinerei“ zurückgekehrt und wurde von der SPD. beauftragt, in Osnabrück „Gewerkschaftsopposition“ zu machen. Hier hat er sich aber bald wieder „dümm gemacht“, und nun ist Bremen mit Herrn Richard

Frauen-, Jugend- und Betriebsräteteil

Schwangerschaft, Erwerbsarbeit, Frauenleid.

Von Hermann Jädel-Berlin.

Seit zwei Jahren bemüht sich der Deutsche Textilarbeiter-Verband um Verständnis für die Schmerzen der in der Erwerbsarbeit tätigen schwangeren Frauen und Mädchen des Proletariats zu wecken. In Versammlungen schwangerer Frauen suchen wir die in Frage kommenden Kolleginnen zu mobilisieren und in brieflichen Äußerungen kam das Herzeleid der Träger künftigen Lebens zum Ausdruck. Es sei erinnert an die den Sozialpolitiker und Menschenfreund erschütternden Schreiben schwangerer Frauen und Mädchen, an den Verfasser dieser Zeilen. Die Hochflut der Inflationsperiode unterbrach unsere Arbeit und heute sehen wir, wie Regierungen und kapitalistisches Unternehmertum an der Arbeit sind, um nicht nur jeden Fortschritt der Sozialpolitik zu verhindern, sondern auch die wenigen Errungenschaften zu beseitigen. Es ist eine Schande für die Republik, daß heute Frauen und Mädchen, auch wenn sie schwanger sind, länger als acht Stunden pro Tag in Geist und Körper tödender Arbeit der Textilindustrie sich plagen müssen. Unter der verlogenen Behauptung, die Reparationszahlungen erheischen längere Arbeitszeit, wurde der Achtfundentag in den meisten Betrieben unserer Industrie beseitigt. Der verlogenen Interessenpolitik weiter Schichten des Unternehmertums gilt unser Kampf.

Die Beseitigung resp. Schwächung des Einflusses der Arbeiter in den Regierungen darf nicht zu weiteren sozialpolitischen Verschlechterungen führen. Wir verlangen für unsere schwangeren Frauen und Mädchen Schutz und Hilfe. Wir werden laufend in den nächsten Nummern unseres Fachblattes an der Hand von Bildern die Gefahren, die Leiden und Schmerzen unserer schwangeren Kolleginnen bei der Arbeit zeigen. Mögen überall im Reich unsere weiblichen Mitglieder aufstehen und Regierungen und Behörden ins Gewissen reden. Nur wenn sie selbst sich regen, wird ihnen geholfen werden. Mögen unsere Männer mit Ernst an die Arbeit gehen und merkwürdig ihre Pflicht erfüllen, indem sie den kämpfenden Frauen und Mädchen helfen.

Wir wiederholen an dieser Stelle die Forderungen, welche der Verband in einer Versammlung schwangerer Textilarbeiterinnen Grimmitzhaus am 12. Juni 1922 gestellt hat:

„Der Deutsche Textilarbeiter-Verband fordert die in der Textilindustrie beschäftigten Arbeiterinnen auf, es künftighin nicht bei der Erwerbung der Verbandsmitgliedschaft bewenden zu lassen, sondern durch tätige Mitarbeit in allen gemeinschaftlichen Verwaltungsinstanzen die Reife für höhere geistige Tätigkeit und höhere Verwaltungsarbeit in kommunalen und staatlichen Körperschaften allmählich zu erarbeiten und dadurch die Masse der Frauen und Mädchen zum Bewußtsein der heute unangemessenen, mit vielen Gefahren für Leib und Leben verbundenen Lage der Schwangeren zu bringen.“

Der Verband erhebt diese Forderung an seine weiblichen Mitglieder in der Überzeugung, daß die Fürsorge für die schwangeren Frauen und Mädchen Vollkommenheit nur erreichen kann, wenn die Arbeiterinnen selbst kämpfend und positiv schaffend sich betätigen —

auf eigenen Füßen stehen, geistig unabhängig von den Männern, wohl aber in gemeinsamer Arbeit mit diesen.

Bis zur völligen Befreiung von Erwerbsarbeit während der Periode der Schwangerschaft und Erziehung des entgangenen Verdienstes aus Mitteln der Gesamtheit werden folgende Forderungen erhoben:

1. Humane Behandlung, rücksichtvolles, ernstes und würdiges Verhalten der Vorgesetzten sowie der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen gegenüber der schwangeren Kollegin.
2. Unterstützung der schwangeren Kollegin durch Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen bei allen der Schwangeren schwerfälligen Arbeitsverrichtungen (Zufangen gerissener Fäden beim Weben, Wenden, Schleppen und Ziehen der Tuchstücke, beim Säufpuhen, beim Stopfen usw., Schleppen und Ziehen der Wollfärbe beim Waschen usw.).
3. Schaffung von Sitzgelegenheit am Arbeitsplatz für die Arbeiterinnen während der Zeit ihrer Schwangerschaft bei Beschäftigung, welche ununterbrochenes Stehen erfordert.
4. Bereitstellung eines freundlich eingerichteten Zimmers für schwangere Arbeiterinnen in Großbetrieben, mit zahlreichem weiblichen Personal, in welchem der Schwangeren während der Pausen sowie bei Schwäche- und sonstigen Anfällen Gelegenheit zu bequemem Liegen gegeben ist. Für die schwangeren Frauen sind besondere Räume einzurichten.
5. Einrichtung guter Kantinen in Großbetrieben mit der Möglichkeit, den besonderen Bedürfnissen der schwangeren Arbeiterinnen entsprechende Speisen und Getränke verabfolgen zu können.
6. Bereitstellung von Medikamenten, die nach ärztlichen Erfahrungen im Zustande der Schwangerschaft bei gewissen Anfällen oftmals erforderlich sind.
7. Einstellung von Hebammen in Großbetrieben mit zahlreichem weiblichem Personal nach dem Muster der Schulärzte.
8. Einrichtung von ärztlichen Sprechstunden für Schwangere in den Großbetrieben.
9. Einrichtung von ärztlichen Beratungsstellen für Schwangere in den Gemeinden.
10. Verpflichtung der weiblichen Gewerbeaufsichtsbeamten zur besonderen fürsorgenden Bewachung der Schwangeren im Arbeitsprozeß.
11. Einstellung weiblicher Ärzte als Gewerbeaufsichtsbeamtinnen und Verpflichtung derselben zu besonderer sorgfältiger Beratung der Schwangeren und zur Erforchtung der Einwirkung der Erwerbsarbeit auf das Seelen- und Gemütsleben der Frau in der Periode der Schwangerschaft.
12. Restlose Anerkennung der Schwangerschaftsbeschwerden als Krankheiten im Sinne der Reichsversicherungsordnung durch die Krankenkassen.
13. Verpflichtung der Krankenkassen zur Übernahme der Kosten für ärztliche Behandlung und Gewährung von Medikamenten an die Familien der verheirateten Versicherten.
14. Milderung der wirtschaftlichen Not der kinderreichen Familien durch gesetzliche Einführung der Kinderversicherung.

tage, ja er brüht der modernen kapitalistischen Gesellschaft den Stempel auf.

Diese Klassengegensätze werden auch von dem rückständigsten Proletarier als ein Unrecht empfunden. Das Klassengefühl, das Gefühl der Unzufriedenheit, gewinnt an Boden. Jenes Gefühl, welches sich aus der auf Lausachen begründeten Überzeugung tief einprägt, Angehöriger einer ausgebeuteten, zurückgefallen, unterdrückten und entrechteten Klasse, Proletarier, zu sein. Allmählich entwickelt sich dieses dumpfe Gefühl durch Beobachten, Vergleichen, Nachdenken zu einem Klassenbewußtsein. Die Bezeichnung Klassenbewußter Proletarier ist allerdings zu einem Ehrentitel in der Arbeiterbewegung geworden. Selbstverständlich legt das Klassenbewußtsein den Klassenwillen in Bewegung, die Klassengesellschaft umzuwandeln in eine Klassenlose Gesellschaft, in der wahre Menschenliebe, Gerechtigkeit und soziale Gleichheit walten.

Wenn hier versucht worden ist, uns über den Begriff oder das Wesen des Klassenkampfes zu unterhalten, so mühten wir uns anschließend auch die Formen des Klassenkampfes behandeln, weil bei Erörterung dieser Frage wohl die anfangs erwähnten Meinungsstreitigkeiten sich vielfach entwickeln. Doch davon vielleicht ein andermal. Aber etwas möchte zu Nutz und Frommen unserer Jugend noch erwähnt werden. Die Entwicklung der Privatwirtschaft und des Privateigentums bedingte die Zerreißen der menschlichen Gesellschaft in Klassen, die nicht nur Gegensätze des Besitzes, sondern immer auch Gegensätze der Erziehung und Bildung des Wissens- und Kulturbesitzes waren. Das ganze Leben der untersten Klasse wurde zu einer anderen niederen Art von Menschentum gemacht, die gar nichts mehr gemeinsam hatte mit dem gütterähnlichen Leben der Herrenklasse. Und es war der Triumph der Klassenzerlegung, daß in einer glücklicheren zurückliegenden Zeit der größte Teil der beherrschten Volksklassen selbst an ihren Unwert und ihre angeborene Niedrigkeit glaubten. Sie waren zwar vom Hass gegen ihre Unterdrücker, von Neid gegen das glücklichere Leben ihrer Herren erfüllt, aber an eine Auflehnung, an eine Befreiung vom Joch der Unterwerfung wagten sie nicht zu denken. Rückfälle, eine Nachwirkung jener Erziehung, sind leider ab und zu auch heute noch bei Arbeitern zu beobachten. Um unsere Jugend davon zu bewahren, deshalb diese Zeilen. Sie sollen stolz darauf sein, Angehörige der unterdrückten Klasse zu sein, deren kulturbestimmender Teil, die Klassenbewußte, politisch und wirtschaftlich organisierte Arbeiterklasse zu ihrer Befreiung aus der Knechtschaft Großes schon leistet, die erkannt hat und überzeugt ist, daß das Werk der Befreiung ein Werk der Selbsthilfe sein muß. Immer neue Widerstände entstehen der Arbeiterklasse, immer neue Widerstände werden durch ihre Unterdrücker aufgeführt. Die Jugend soll selbst überzeugt sein, daß noch unendlich viel zu tun ist, um das Werk der Befreiung zu vollenden. Und daß dieser Kampf nur mit geistigen Mitteln unter dem Banner des Rechts und der Kultur geführt werden kann. Sie sollen ihr Ohr nicht jenen Fanatikern leihen, die nur von einem Klassenkampf mit den Mitteln der Gewalt reden. Aus der Geschichte kann die Jugend lernen, wie die Plebejer im alten Rom jahrhundertlang um Gleichberechtigung gekämpft haben mit den Waffen des Rechts und sie sind Sieger geworden. Die altrömischen Sklaven haben mit Opfermut und Ausdauer einen erbitterten Gemaltpampf geführt, unter Spartakus als Führer begonnen, und sind unterlegen. Die deutschen Bauern im Mittelalter haben mit Senen und Verten um Freiheit gekämpft und dieser Kampf ist im Blut und Schweiß erstirbt worden. Die moderne Arbeiterbewegung ist unter dem Banner des Rechts groß geworden. So könnten noch viele Beispiele angeführt werden. Zur Führung des Kampfes mit geistigen Waffen soll die Jugend sich vorbereiten, jede Gelegenheit benützen, ihr Wissen und Können zu bereichern. Dann stellt sich von selbst jener Stolz ein, den das Bewußtsein innerer Kraft und Stärke gibt und die Jugend wird mit Verachtung jenen Neid ablehnen, den nur Sklavensinn dem Reichen und Mächtigen gegenüber flüßt. Aber unsere Jugend soll auch mit Recht jenen Anteil an den Kulturwerten fordern, den ihnen Herrenstandpunkt und Herreninstinkt vorenthält, sie soll sich ihres Menschentums immer und gegenüber jedermann bewußt sein. Nicht als Knechtsgeelen, als Kriecher und Heuchler, sondern als stolze, das Gefühl der wahren Freiheit in sich tragende junge Menschenkinder wollen wir unsere Jugend sehen.

Wie ein „revolutionärer“ Betriebsrat arbeitet!

Die radikalste Arbeiterschaft der Firma Kahn u. Arnold in Augsburg hat sich einen noch radikaleren Betriebsrat zugelegt. Bei der diesmaligen Wahl des Betriebsrats wurden an Stelle der bisherigen freigewerkschaftlichen Betriebsratsmitglieder nur noch Unionisten in den Betriebsrat gewählt. Seitdem ist es mit dem Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats der Firma Kahn u. Arnold vorbei. Die Betriebsleitung ordnet an, und die Unionisten im Betriebsrat fügen zu allen Anordnungen Ja und Amen. Wie man jetzt bei der Firma Kahn u. Arnold mit dem Unionistischen Betriebsrat umspringt, zeigen folgende Bekanntmachungen, die die Firma anfangs Juni am schwarzen Brett anhängen ließ:

Augsburg, den 5. Juni 1924.

Bekanntmachung.

Beit.: Betriebsvereinsführungen.
Die zurzeit bestehende wirtschaftliche Lage veranlaßt uns, Betriebsvereinsführungen anzukündigen. Das erstmal würde Samstag, der 28. Juni in Betracht kommen.
Weitere Festsetzungen von ausfallenden Tagen behalten wir uns vor.
Obiges wurde dem Betriebsrat bereits mitgeteilt.

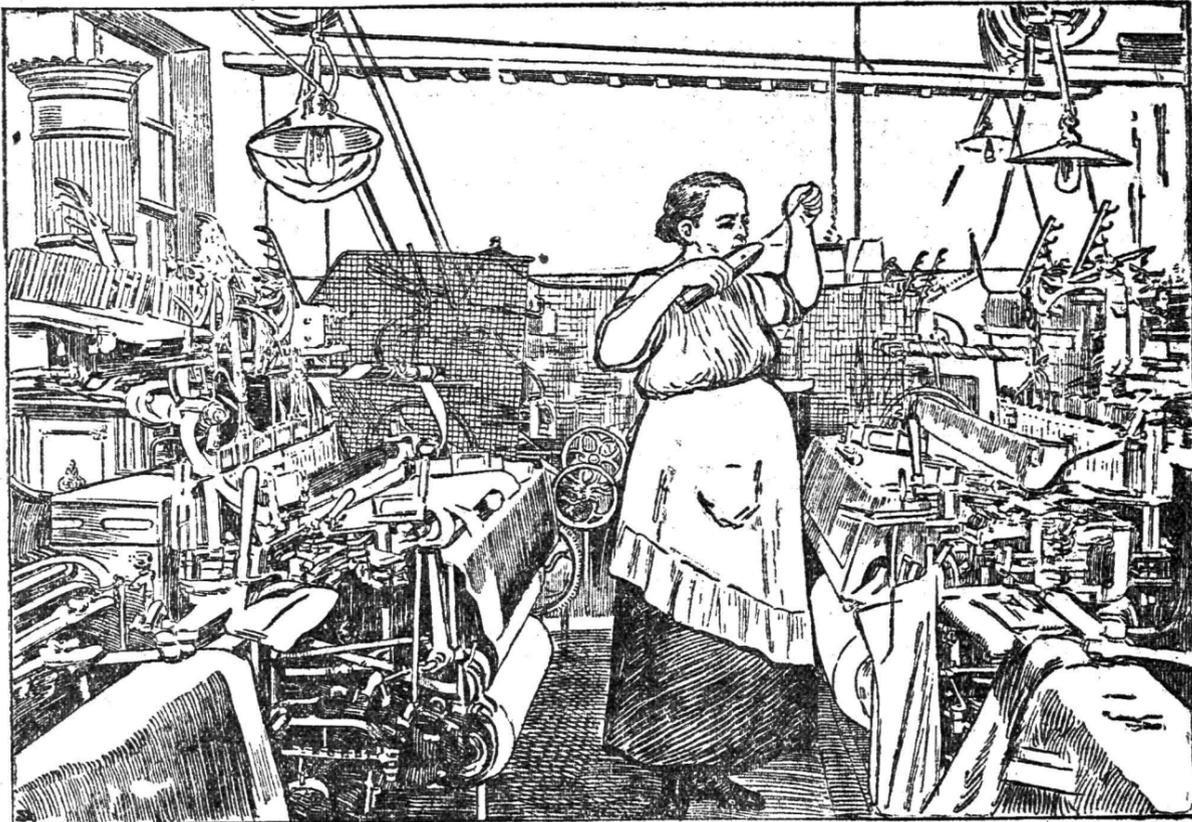
Gez. Kahn u. Arnold, (Unterschrift.)

Auf obige Bekanntmachung Bezug nehmend, geben wir bekannt, daß weitere Betriebsvereinsführungen wie folgt stattfinden: Montag und Samstag.
Noch weitere Einschränkungen behalten wir uns vor.
Der Betriebsrat wurde hiervon persönlich verständigt.

Gez. Kahn u. Arnold, (Unterschrift.)

Aus den Bekanntmachungen geht hervor, daß der unionistische Betriebsrat, dessen Mitglieder vor ihrer Wahl sich bei jeder Gelegenheit als geradezu überradikal aufstellten, sich jedem Gebot des Unternehmers widerspruchslos fügen und unterordnen. Sie mögen nicht einmal, wie es der vorliegende Fall beweist, die Rechte des Betriebsrats aus § 78 B.R.G. geltend zu machen. Im Gegenteil, sie lassen es zu, daß ihnen diese Rechte kampflös entwunden werden. Und so etwas nennt sich „revolutionärer“ Betriebsrat.

Der Mensch, der zur schwankenden Zeit auch schwankend gerinnt ist, der vermehrt das Uebel und breitet es weiter und weiter; aber wer fest auf dem Sinne beharrt, der bildet die Welt sich. Goethe.



Eine schwangere Baumwollweberin.

Die Weberin bedient zwei bis vier Webstühle. Jeder Webstuhl macht pro Minute ca. 240 Touren. Die Weberin muß sich neun Stunden lang pro Tag zwischen den Webstühlen bewegen. Sie hat sich fortgesetzt zu beugen, zu strecken, zu dehnen. Sie muß heben, Stehend und schnell laufend hat sie sich zu bewegen, und dabei, mit dem Auge dem Lauf des Schiffchens folgend, die Fäden der Kette und das fertige Tuch beobachten. Die intensive Tätigkeit des Stehens und Laufens und Streckens und Dehnens und Hebens und Drehens im lärmenden Geräusch des Baumwollwebstuhles verurteilt viele Schwangerschaften des weiblichen Organismus.

Die Bilder in den folgenden Nummern werden das zeigen. Die Weberin übt das Schiffchenfließen. Sie hält das Schifflein an den Mund und zieht den Faden mittels Saugen durch das Dehr. Energische Maßnahmen zur Beseitigung des Schiffchenfließens

murden noch nicht in Angriff genommen. In Belgien wurde bei Männern und Frauen in der Wolltuchbranche die sog. Drehkrankheit beobachtet.

Wir fordern:

- Unentgeltliche ärztliche Hilfeleistung für Schwangere bei Schwangerschaftsbeschwerden.
- Gewährung von Medikamenten und anderen Hilfsmitteln bei Schwangerschaftsbeschwerden.
- Verbot der Beschäftigung Schwangerer zwei Monate vor und zwei Monate nach der Niederkunft.
- Finanzielle Entschädigung der Schwangeren zwei Monate vor und zwei Monate nach der Niederkunft aus Mitteln der Gesamtheit.
- Unentgeltliche Wochenhilfe.

Jugend und Klassenkampf.

Von Max Sachsenweger.

Vom Klassenkampf wird viel geredet und geschrieben. Manchem wird zum Vorwurf gemacht, daß er bei seinen Handlungen nicht streng genug oder auch gar nicht den Klassenkampfcharakter wahre. Der Angegriffene behauptet nun wieder, er beteilige sich am Klassenkampf intensiver, also durch äußerste Kräfteanstrengung, als alle die, welche das Wort Klassenkampf immer im Munde führen.

Was verstehen wir nun unter Klassenkampf? Wenn man eine größere Gesamtheit von Menschen, die zu einer Volksgemeinschaft (Staat) vereinigt, etwas genauer, nicht aus der Vogelperspektive, wo sie ungewiß als geschlossene Einheit erscheinen würde, beobachtet, so wird man bald Unterschiede und Gegensätze wahrnehmen: „Unterschiede in Bezug auf das materielle und kulturelle Leben der verschiedenen Bevölkerungsschichten, Gegensätze wirtschaftlicher, sozialer, geistiger und rechtlicher Art.“

In wirtschaftlicher Beziehung besteht ein Gegensatz zwischen arm und reich, den auch ein Blinder sieht und der in der privatkapitalistischen Wirtschaft seine Triebkraft findet. Aus dem wirtschaftlichen Gegensatz entspringt aber auch ein sozialer Gegensatz. Die geringere Achtung durch Angehörige der Oberschichten gegenüber den Angehörigen der Unterschichten ist bekannt. Der Gegensatz auf geistigem Gebiete zeigt sich darin, daß die „Gebildeten“ bestrebt sind, die „Ungebildeten“ in geistiger Rückständigkeit zu erhalten, die Proletariermassen von Wissen, Bildung, Kunst und Kultur möglichst abzusperren. In rechtlicher Beziehung zeigt es sich tagtäglich, daß die Oberschichten mehr Recht als die Unterschichten besitzen. Auch ein Mitbestimmungsrecht in Staat und Gemeinde war letzteres bis vor kurzem verweigert worden. Die Klassenjustiz wird durch das Sprichwort: „Die Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen“, treffend illustriert.

Dieser vierfache Klassen Gegensatz tritt in jeder Klassengesellschaft zu-

Christliche Gewerkschaftssekretäre und Achtstundentag.

In Nr. 21 des „Textilarbeiter“ brachten wir eine Notiz: „Christliche Gewerkschaftssekretäre stimmen gegen den Achtstundentag“, in welcher nachgewiesen wird, daß der Sekretär und Streikleiter des Hauptverbandes des Christlichen Textilarbeiterverbandes als deutsch-nationaler Stadtverordneter in Düsseldorf gegen einen Antrag der Vereinigten Sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion, welcher die Einführung der 48-Stundenwoche für die städtischen Beamten und Angestellten fordert, neben anderen christlichen Gewerkschaftssekretären gestimmt hat. In dem schwarz-gelben Organ des Herrn Stegerwald, „Der Deutsche“, versucht sich — (Herr Melcher) gegen den ihm gemachten Vorwurf zu verteidigen. Daß er unsere Notiz als einen Vorwurf empfindet und sich sogar dagegen zu verteidigen versucht, ist immerhin für einen Deutschnationalen eine anerkannt-werte Leistung. In der Frage der Arbeitszeit stehen ja die Deutschnationalen auf dem Standpunkt, daß die Arbeitszeit gar nicht lang genug ausgedehnt werden kann. Die Verteidigung des Herrn Melcher sieht aber sonderbar genug aus. Er muß zugeben, daß er gegen den Antrag der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei gestimmt hat. Die Gründe, die er dafür anführt, zeigen, daß dem deutsch-nationalen Stadtverordneter Melcher jedes logische Denkfähigkeit abgeht. Er schreibt u. a.: „Der Textilarbeiter schwandelt also, wenn er schreibt, als deutsch-nationaler Abgeordneter stimmt er gegen einen Antrag, der den städtischen Arbeitern usw. den Achtstundentag gesichert hätte. Die Arbeitszeit für die Arbeiter stand gar nicht zur Verhandlung.“ Berehrter Herr Melcher! Sind denn die städtischen Beamten und Angestellten im allgemeinen Sinne auch Arbeiter? Deshalb, weil wir diese Gruppen als Arbeiter bezeichnen, erhebt er gegen uns den Vorwurf, geschwindelt zu haben. Die Sache wird aber noch klärlicher. Er schreibt ferner: „Im Düsseldorf-Stadtverordnetenparlament konnte gar kein Abgeordneter für die Beseitigung des Achtstundentages stimmen, weil bei Eingang des Antrages der SPD für die städtischen Beamten und Angestellten gar kein Achtstundentag bestanden hat. Für die Beamten und Angestellten ist die Arbeitszeit durch Vereinbarung auf 51 Stunden wöchentlich während der Sommerferien festgelegt worden.“ Was will Herr Melcher damit nun sagen? Es steht ohne Zweifel fest, daß wenn die christlichen Gewerkschaftssekretäre für den Antrag der SPD gestimmt hätten, dann bestände jetzt für die städtischen Beamten und Angestellten in Düsseldorf die 48-Stundenwoche. Daß Herr Melcher nicht für den sozialdemokratischen Antrag stimmen konnte, dafür gibt er folgende Begründung:

1. Sollen tarifvertragliche Vereinbarungen und Schiedsprüche anerkannt oder durch einfache Mehrheitsbeschlüsse in Stadtparlamenten außer Kraft gesetzt werden?
 2. Sollten einer bestimmten Gruppe des deutschen Volkes in einer Zeit, wo die wirtschaftlichen Schwierigkeiten von allen gemeinsam getragen werden müssen, besondere Vergünstigungen gewährt werden?
- In ersterem Falle stehen die christlichen Gewerkschaftssekretäre auf dem Boden der tarifvertraglichen Vereinbarungen und des Schlichtungswesens. Sie stimmten also für die auf dem Rechtsweg vereinbarte Arbeitszeit.
- Im zweiten Falle können christliche Gewerkschaftssekretäre gar nicht für besondere Vergünstigungen einzelner Gruppen eintreten, solange in der Textilindustrie etwa 600 000 Frauen und Mädchen — die Frauen bis kurz vor ihrer Niederkunft — bis 10 Stunden täglich beschäftigt werden.

Diese Begründung ist mehr als sonderbar und kann eben nur in einem deutsch-nationalen Hirn entstehen. Die Beamten und Angestellten würden ungewissheit gern dazwischen gewillt haben, wenn die Arbeitgeber auf der anderen Seite, zu welcher der Herr Melcher mit gehört, über den Schiedspruch hinaus die 48-Stundenwoche festgelegt hätten. Daß er auf der anderen Seite weiter noch sagt, daß, solange in der Textilindustrie etwa 600 000 Frauen und Mädchen — die Frauen bis kurz vor ihrer Niederkunft — bis 10 Stunden täglich beschäftigt werden, nicht dafür sein kann, daß einer bestimmten Gruppe des deutschen Volkes eine kürzere Arbeitszeit eingeräumt wird, zeigt uns Geistesfind Herr Melcher ist. Arbeitersekretär und zugleich Deutschnational sein sind für gewöhnliche Sterbliche unvereinbare Begriffe, soweit man die gelben Handlanger der Unternehmer, die sich auch in der Masse des Arbeitersekretärs vorstellten, dabei außer Acht läßt. Die politische deutsch-nationale Hälfte des Herrn Melcher hat dem Arbeitersekretär Melcher einen bösen Streich gespielt, der durch ein Wortspiel nicht bemäntelt werden kann.

Die Münsterländischen Textilunternehmer gegen die Freizügigkeit der Arbeiterschaft.

Wir haben schon eine ganze Anzahl von Unternehmer-Rundschreiben aus der Textilindustrie veröffentlicht, aus welchen hervorgeht, daß die Unternehmer die Freizügigkeit der Arbeiterschaft zu unterbinden versuchen. Der Umstand, daß im ganzen Reich von den einzelnen Arbeitgeberorganisationen dem Sinne nach die gleichen Rundschreiben verfaßt werden, spricht dafür, daß bei dem Vorgehen der Textilunternehmer es sich um einen wohl vorbereiteten Vorstoß der vereinigten deutschen Arbeitgeber handelt. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß das Vorgehen der Unternehmer einen schlimmen Vorstoß gegen die Freizügigkeit der Arbeiterschaft darstellt, der strafrechtlich verfolgt werden müßte, wenn die Staatsanwaltschaft tatsächlich die objektivste Behörde der Welt wäre. Zum anderen verstoßen die Verabredungen der Unternehmer gegen die abgeschlossenen Manteltarifverträge, durch welche bestimmte Kündigungsfristen vereinbart sind. Diese Verstöße der Unternehmer gegen Treu und Glauben, sowie gegen die guten Sitten sind so ungeheuerlich, daß wir nochmals betonen müssen, daß es sich tatsächlich unter keinen Umständen lohnt, mit den Textilarbeitgebern Tarifverträge abzuschließen.

Uns ist ein neues Rundschreiben von dem Verband Münsterländischer Textilindustrieller, welches unterm 13. Juni 1924 verfaßt worden ist, übermittelt worden. Wir wollen auch hier dieses Rundschreiben unseren Mitgliedern zur Kenntnis bringen. Das Rundschreiben lautet:

Streng vertraulich! Münster, den 13. Juni 1924.
An die Herren Mitglieder!
Niederchrift über die außerordentliche Mitgliederversammlung am 6. Juni 1924.

1. Betrifft: Bepfehlung der Tariffrage.
Der am 4. Juni 1924 im Reichsarbeitsministerium gefällte Schiedspruch wird besprochen. Trotz erheblicher Bedenken eines großen Teiles der Mitgliedsfirmen über die Tragbarkeit der Lohnhöhe wird beschlossen, den Schiedspruch anzunehmen.
2. Betrifft: Arbeitswechsel bei schwebenden Tarifverhandlungen.
Es wird folgender Beschluß gefaßt: Während schwebender Tarifverhandlungen dürfen Arbeiter anderer Mitgliedsfirmen nur mit deren Zustimmung eingestellt werden. Die Tarifverhandlungen gelten als in Schwebelage, bis eine Kündigung eines alten und endgültigen Ab schlusses eines neuen Tarifes.
3. Betrifft: Maßnahmen bei Betriebseinschränkungen.
Die Geschäftsführung erläutert die Bestimmungen, die bei Betriebseinschränkungen und Betriebsstilllegungen zu beobachten sind. Die Ausführungen sind in folgenden Kernsätzen zusammengefaßt:
a) Der Arbeitgeber ist nicht mehr verpflichtet, aber auch nicht mehr berechtigt, einseitig Betriebseinschränkungen durch Verkürzung der Arbeitszeit anzuordnen. Letzteres kann nur durch Vereinbarung mit dem Betriebsrat und der Belegschaft erzielt werden und ist dann an keine Voraussetzung gebunden. Wird die Zustimmung zur

Streckung nicht gegeben, so bleibt nur übrig, gemäß folgendem Absatz Entlassungen vorzunehmen.
b) Normal: Anzeige an den Demobilisierungskommissar, Beginn einer Sperrfrist von 4 Wochen von der Anzeige ab. Nach Ablauf der Sperrfrist Möglichkeit, den ganzen Betrieb oder einen Teil stillzulegen.

Verband Münsterländischer Textilindustrieller.
Also 500.— Mark für jeden Einzelfall und für jeden Arbeiter 2.— Mark Geldstrafe bekommt jeder dem Verbande Münsterländischer Textilindustrieller angehörige Arbeitgeber, der Arbeiter einstellt, ohne daß der frühere Arbeitgeber damit einverstanden ist. Wir müssen schon sagen, daß dieses münsterländische Unternehmerrundschreiben den Vogel abschließt.
Wir möchten an dieser Stelle nochmals darauf hinweisen, daß die Freizügigkeit verfassungsmäßig geschützt ist, und wir sind begierig darauf, was denn die Staatsanwaltschaft zu dem Treiben der Unternehmerverbände zu sagen hat.

Gemeinsame Arbeiterinnenkonferenz der Filialen Stuttgart und Reutlingen.

Diese fand, von der Filiale Reutlingen einberufen, am 28. und 29. Juni in Reutlingen, Gewerkschaftshaus, statt.
Um die organisierten Arbeiterinnen in der Textilindustrie mehr als bisher für die Organisationsarbeit zu interessieren, wurde ihnen durch folgende Tagesordnung ein Einblick in den Bearbeitungsprozeß der Textilprodukte und ein Fingerzeig für praktische Organisationsarbeit gegeben:
1. Samstag nachmittag 4 1/2 Uhr Besichtigung mit Erklärung des Textilschlüssels in Reutlingen.
2. Vortrag: Die Berufsorganisation der Textilarbeiter und die Mitarbeit der Arbeiterinnen innerhalb der Organisation. Referentin: Kollegin Döhning, Geschäftsführerin, Stuttgart.
Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte der Geschäftsführer der Reutlinger Filiale Kollege Sigmund die Konferenz. Er gab seiner Freude Ausdruck, daß diese Konferenz mit starker Beteiligung zustande kam und ließ die Delegierten sowie die Ortsverwaltungsmitglieder Stuttgarts und den Kollegen Bürger von der Gauleitung herzlich willkommen sein. Ich hoffe und wünsche, daß die heutige Konferenz einen Grundstein legt zu weiteren Erfolgen in der Arbeiterinnenbewegung.

Hierauf wurden für die Leitung der Konferenz die Kollegin Pfeiffer-Reutlingen als Vorsitzende und die Kolleginnen Fied-Reutlingen, Trabant-Stuttgart als Schriftführerinnen gewählt.
Der Kollege Bürger überbrachte die Grüße der Gauleitung. Ebenso wurde ein von den Kollegen Böhmann-Stuttgart und Rödel-Berlin aus Dresden (Beiratsitzung) an die Konferenz gerichtetes Telegramm verlesen und beifällig aufgenommen.
Die Kollegin Döhning-Stuttgart streifte in ihrem Vortrag eintleitend die kapitalistische Entwicklung in England und Deutschland. Sie zeigte, wie die Entwicklung der Frauen und Kinder in den Produktionsprozessen hineingepreßt hat. Die zarteren Hände der Frauen und Kinder waren für die Textilindustrie sehr begehrt. Lange Arbeitszeit, bis zu 16 Stunden täglich, war üblich. Durch die ungeheure Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung, insbesondere der Frauen und Kinder, häufte sich Elend auf Elend, der Staat mußte eingreifen und Schutzbestimmungen erlassen, unter anderem Arbeiterinnen- und Kinderschutz sowie Kranken- und Invalidenversicherung usw. Leider standen lange Zeit die verschiedenen Schutzbestimmungen nur auf dem Papier.

Die Geschichte des Textilarbeiterverbandes zeigt uns, daß die Kollegenschaft um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen schwer zu kämpfen hatte; die Vortragende verwies auf den großen Kampf in Crimmitschau und auf den Kampf im Jahre 1922 um die Erhaltung der 46stündigen Arbeitswoche. Im Jahre 1904 zählte der Verband an Mitgliedern 45 000 männliche und 13 500 weibliche, zusammen 58 500 Mitglieder. Im Jahre 1924 zählte der Verband über 500 000 Mitglieder, darunter über zwei Drittel weibliche.
Wir ersehen daraus ein stetiges Anwachsen der Frauenarbeit in der Textilindustrie. Viele Arbeiterinnen stehen der Organisation noch fern. Die Ausbeutung der Frauen durch das Kapital zeigt ihnen, daß sie sich ebenfalls in die Berufsorganisationen einzureihen haben und zu allen Fragen, die sich im Wirtschaftsleben ergeben, Stellung nehmen müssen.

Durch das allgemeine gleiche Wahlrecht ist für uns der Weg ebnet, durch die vorhandenen gesetzgeberischen Körperchaften Vorteile zu erreichen. Das wird und kann geschehen, wenn wir als Arbeiterinnen alle Hinderungsgründe beseitigen und zu aktiven Mitarbeiterinnen werden.
Deshalb seid bereit zu allen Organisationsarbeiten und laßt euch angeleiten sein, euch Wissen anzueignen, um die Zusammenhänge des Gewerkschaftslebens verstehen zu lernen. An Hand einiger Beispiele zeigte die Referentin, wie die Arbeiterinnen ihr Wissen bereichern und dadurch zur Weiterbildung beitragen können. Ferner empfahl sie ein eingehendes Studium der Richtlinien für die organisatorische Tätigkeit der Textilarbeiterinnen immer als Leitfaden für jede Kollegin. Betragen von dem starken Willen und der innerlichen Überzeugung, daß es unsere Pflicht ist, mit all unserer Kraft an dem Aufstieg der Textilarbeiterschaft mitzuarbeiten, wird es gelingen, den Verband so auszubauen, daß er die an ihn gestellten Aufgaben voll zu erfüllen in der Lage ist. Nicht rasten, noch ruhen! Soll unsere Lösung sein, bis die letzte Textilarbeiterin erkannt hat, daß eine lüdenlose geschlossene Organisation allein die Gewähr für Erfolge bietet, um bereits Erreichtes zu erhalten.

In der Diskussion unterbreiteten die Kolleginnen Heß-Reutlingen, Schaufhelm und Trabant aus Stuttgart, Schmauder-Reutlingen, Wendel-Stuttgart die in den Betrieben unter den Arbeiterinnen gemachten Erfahrungen.
Kollege Sigmund wies noch einmal auf die Notwendigkeit der Mitarbeit der Arbeiterinnen in der Organisation hin. Die Schüchternheit und der Untertanengeist bei den Arbeiterinnen müsse überwunden und abgestreift werden, an dessen Stelle muß der energische Wille sich durchsetzen. Die Gleichgültigkeit, wie wir sie unter den jüngeren Arbeiterinnen vorfinden, wird zu einer Gefahr für die Textilarbeiterschaft, wenn wir nicht mit allen Kräften dagegen ankämpfen. Eine rege Agitation, besonders unter den Arbeiterinnen, muß sofort einsetzen, damit der Deutsche Textilarbeiterverband den für die Arbeiterinnen unentbehrlichen Schutz und den Achtstundentag recht bald wieder zurückerobern kann.
In die Arbeiterinnenkommission für Reutlingen wurden gewählt: die Kolleginnen Pfeiffer, Fied, Heß, Müller, Knieß, Wan, Waltenbach und Schmauder.

Nach einem kurzen Schlußwort fand folgende Resolution einstimmige Annahme:
Die in Reutlingen am 28. und 29. Juni d. J. tagende gutbesuchte Arbeiterinnenkonferenz des Deutschen Textilarbeiterverbandes der Industriebezirke Reutlingen und Stuttgart begrüßt die bezirksliche Zusammenfassung der Funktionärinnen und betrachtet dies als einen Fortschritt der Arbeiterinnenbewegung.
Die Konferenz begrüßt ferner die Bestrebungen des Verbandes, durch systematische Aufklärung die Arbeiterinnen zu aktiven Verbandsmitgliedern und zu gleichberechtigten Staatsbürgerinnen zu erziehen.
Die Konferenz ruft daher alle in der Textilindustrie schaffenden Arbeiterinnen ohne Unterschied des Alters auf, sich dem Deutschen Textilarbeiterverband anzuschließen und seine Bestrebungen zu unterstützen.
Als Voraussetzung dafür kommt eine intensive Betätigung in allen Funktionsstellungen des Deutschen Textilarbeiterverbandes in Betracht.
Die Konferenzteilnehmer geloben mit ihrer ganzen Kraft für die Einheit des Verbandes zu arbeiten, insbesondere die Verbands-

leitung im Kampfe gegen gewerkschaftszerstörende Elemente zu unterstützen.
Die Konferenz richtet an die Textilarbeiterinnen die Aufforderung, durch Stärkung der Organisation und zähes Festhalten an Organisationsgedanken die Grundlagen für den weiteren Aufstieg der Arbeiterinnenbewegung im Deutschen Textilarbeiterverband zu schaffen.

Berichte aus Fachreisen.

Schneeberg. In den letzten Tagen und Wochen sind in den Betrieben der Schneeberger Spitzenindustrie unglaubliche Sachen vorgekommen. In einem Betriebe war wegen nicht gefällig erlaubter Heberarbeit Anzeige erstattet worden. In der angelegten Verhandlung haben die Arbeiterinnen nach Wunsch des Unternehmers zum Ausdruck gebracht, daß sie gern länger arbeiten wollten.
Ein anderer Fall. Auf Wunsch einer größeren Anzahl von Arbeiterinnen wurde seitens der Geschäftsleitung des Verbandes an den Schlichtungsausschuß Zwickau das Ersuchen gerichtet, er möchte an der Hand der für die Plauer Industrie gefällten Schiedsprüche einen Spruch für Schneeberg fällen. Der Termin wurde angefaßt.
Am vergangenen Montag sollte über diese Angelegenheit verhandelt werden. Die Arbeitgeber haben sich nicht gestellt, weil sie es auch gar nicht nötig hatten, denn eine Reihe von Arbeitskollegen fallen der übrigen Kollegenschaft in den Rücken, indem sie mit dem Arbeitgeber durch dick und dünn gehen und dem armen Unternehmer mit erbeudelter Miene erklären, daß sie nicht daran denken, in der jetzigen Zeit mehr zu verlangen. Die Schneeberger Spitzenindustriellen lachen sich natürlich eins, denn so wohl ist es ihnen seit langer Zeit nicht geworden. Jetzt haben sie es endlich wieder soweit, wie sie es in Friedenszeiten hatten, daß sie in ihren Betrieben schalten und walten können wie sie wollen. Wir richten an diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen aller Branchen, welche fortgesetzt erklären, daß die Verbände nichts mehr leisten können und wollen und einen Berrat über den anderen gegenüber der zu vertretenden Arbeiterschaft angeblich verübt haben, die Anfrage:
Wer ist in diesem Falle der Berräter?

Wer ist in den angeführten Fällen der Schuldige, daß der Verband seine Pflicht gegen seine Kollegenschaft nicht tun kann.
Das sind einzig und allein die gekauften Subjekte, die die Verbandsangestellten in ihrer verleumdlichen Art in ihrer Ehre angreifen wollen und dabei den schändlichsten Berrat an ihren Mitarbeitern tagtäglich begehen.
Textilarbeiterinnen! Textilarbeiter von Schneeberg und Umgebung! Kehret um von dieser Bahn! Sammelt Euch fest in Eurer Berufsorganisation! Kämpft mit Euren Verbandsangestellten für Wiedereroberung des Achtstundentages!
Höhere Löhne!
Schaffung von guten Betriebsverhältnissen!
Beseitigung der Berräterelemente aus den Betrieben!

Literatur.

Gemeindefinanzen und Gemeindesteuern in Preußen. Von Bruno Aisch, Bürgermeister in Höchst am Main. Verlag: Union-Druckerei und Verlagsanstalt G. m. b. H., Abteilung Buchhandlung, Frankfurt am Main, Großer Hirschgraben 17. Fernsprecher: Janja 7435, 7436, 7437. Preis: 1,50 Goldmark.
Bürgermeister Aisch gibt durch seine Schrift dankenswerte Aufklärungen, die vielen sehr willkommen sein werden. Er unterfucht die heutigen Steuerarten nach ihrem finanziellen und wirtschaftlichen Charakter hin, bespricht in diesem Zusammenhang überhaupt die oft unzulängliche Finanzpolitik der Gemeinden und bringt dafür Tatsachenmaterial in Hülle und Fülle. Seine Vorschläge für neue Einnahmequellen sind größter Beachtung wert; hier spricht ein Fachmann zu uns, was den Wert des Buches erheblich erhöht.
„Der Firm“ Erden ist das erste Heft des neuen „Firm“ erschienen. Schon die äußere Aufmachung zeigt, daß diese unumkehrbar wöchentlich erscheinende Zeitschrift hat, was sie verspricht, nämlich unter neuer Redaktion und mit neuen Mitarbeitern der Bewegung eine freie und wirklich sozialistische Zeitschrift zu bieten. Ernst Niekisch, der bekannte Gewerkschafter, wird regelmäßig die einleitenden Aufsätze beisteuern. Wilhelm Bloß, der alte Vorkämpfer der deutschen Sozialdemokratie und ehemalige württembergische Staatspräsident, liefert diesmal einen sehr zeitgemäßen Beitrag, der sich an die demokratischen Elemente in Frankreich wendet und sie an die große Zeit der französischen Demokratie erinnert. Erwin Barth, allen Lesern sozialistischer Zeitungen und Zeitschriften als aufrechter Sozialist und Freund seines Landes bekannt, erläutert den Reparationsplan der Sachverständigen. Albert Falkenberg, der vielgenannte Führer des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, verbreitet sich über die Bedeutung des neuen Reichstages für die Beamenschaft, der sächsische Polizeioberst Hermann Schühlinger hat sich die Wehrpolizei der Sozialdemokratie zum Thema gewählt. Briefe an den „Firm“, eine satirische Zeichnung, feuilletonistische Beiträge und kurze Notizen ergänzen den Inhalt des ersten Heftes des neuen „Firm“, das zum Preise von 0,25 Mk. in allen Läden zu erwerben ist. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,50 Mk. Probehefte kostenlos durch alle Buchhandlungen und durch den Verlag des „Firm“, Berlin W. 35, Karlsbad 4.

„Volksfreibund“. Unter diesem Namen erscheint eine neue Monatschrift mit vielen Abbildungen, welche die Freude an Reisen beteben und wachhalten und in praktischer Weise als Ratgeber und Wegweiser für Reiselustige dienen will. Das Blatt wird vom Volksfreibund E. B. Berlin W. 35, Karlsbad 4, herausgegeben und ist am besten durch Bestellung beim Briefträger oder bei der nächsten Postanstalt zu beziehen. Den leitenden Körperchaften des Bundes gehören bekannte Persönlichkeiten aus allen Lagern an. Seine Einrichtungen sollen besonders den minderbemittelten Schichten ermöglichen, trotz der schwierigen Zeitumstände ihren Erholungsurlaub anderwärts zu verbringen. Wie das durchgeführt wird, geht aus der genannten Zeitschrift hervor, von der Probehefte auf Wunsch zugesandt werden.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzählung.
Stichtag für die nächste Zählung ist Sonnabend, der 26. Juli.
Nur Verbandsmitglieder sind zu zählen.
Sollen die Angaben verwertet werden, so ist rechtzeitige Einwendung erforderlich.
T.: Vorstand.

K: Christian Wagemann, Balingen, Dammstr. 170.
Gau Oera. Hohenleuben ist aufgelöst.
Neustadt-Orla. V: Carl Diebel, Döhleener Weg 3.
Gau Dresden. Grimma. K: zu streichen. Alle Sendungen an Strauß.
Gau Liegnitz. Bunzlau. K: Willy Baumert, Töpferstr. 11, II. rechts.
Oppeln. V: August Hilla, Oppeln III, Frauendorfer Str. 2. K: Anton Gabriel, Oppeln, Breslauer Str. 24.

Erfahrungsgelernt. Textilarbeiter

für Spannahtmen, Kalender usw. von südbayerisch. Ausrüstungsanstalt gesucht.
Wohnungen verfügbar. Bewerb. an die Redakt. d. Btg. unt. Nr. 133.
Verlag: Karl Hübsch in Berlin, Magazinstraße 6-7. — Verantwortlicher Redakteur Hugo Drexler in Berlin. — Druck: Bornhörs-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.